

Kommunale Nachhaltigkeitswende (2010)

I. Ist-Stand

Der Weltklimagipfel in Kopenhagen ist im Dezember 2009 ohne verbindliches Ergebnis zu Ende gegangen. Die darin gelegten Erwartungen, globalen Klimaschutz auf ein notwendiges, höheres Niveau zu heben und gegen den Klimawandel wirksame Instrumente zu vereinbaren, wurden dadurch bitter enttäuscht. Die Weltgemeinschaft hat in diesem Moment versagt.

Der Klimawandel

Die hauptsächliche Ursache der steigenden globalen Durchschnittstemperatur liegt in der Verstärkung des natürlichen Treibhauseffektes durch menschliches Einwirken. Der menschengemachte Treibhauseffekt entsteht durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und durch eine Reihe weiterer Prozesse, darunter die weltumfassende Entwaldung sowie Land- und Viehwirtschaft. Dadurch wird das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO₂) sowie Methan und Lachgas⁶ in der Atmosphäre angereichert. Diese verändern die Zusammensetzung der Erd-Atmosphäre und sorgen so dafür, dass weniger Wärmestrahlung von der Erdoberfläche in das Weltall abgestrahlt werden kann. Bis zum Jahr 2100 wird, abhängig vom künftigen Treibhausgasausstoß und der tatsächlichen Reaktion des Klimasystems darauf eine Erwärmung zwischen einem und sechs Grad Celsius erwartet. Denkbare Folgen sind eine verstärkte Gletscherschmelze, ein steigender Meeresspiegel, ein verändertes Auftreten von Niederschlägen und zunehmende Wetterextreme.

Ein „grüner Anstrich“ allein hilft nicht

Wenn die Weltgemeinschaft leistungsunfähig oder aus wirtschaftlichen Interessen leistungsunwillig ist dem globalen Umweltproblem entgegenzutreten, muss die kleinste politische Einheit, die Kommune, ihre Möglichkeiten identifizieren und nutzbar machen. Kommunaler Klimaschutz ist dabei selbstredend kein Ersatz für eine internationale Klimaschutzliga. Beides muss man als sich gegenseitig positiv beeinflussendes System verstehen, um maximale Ergebnisse zu erreichen. Die rot-grüne Bundesregierung (1998 bis 2005) hat erkannt, dass kommunaler Klimaschutz globale Auswirkungen entfalten kann. Durch Maßnahmen wie das 100.000-Dächer-Programm wurde das erste große Klimaschutzprogramm für die kleinste politische Einheit geschaffen – ein Meilenstein für den deutschen Klimaschutz. Dies half mit, dass die zahlreichen Vorurteile gegenüber erneuerbare Energie beseitigt wurden. Wer hätte vor 10 Jahren gedacht, dass Öko-Strom fast genauso viel kostet wie der Strom aus dem nationalen Energie-Mix? Nicht nur jeder einzelne Verbraucher entscheidet klimabewusst, ganze Kommunen organisieren sich zu Öko-Dörfern (z. B. Bioenergiedorf in Breuberg-Rai-Breitenbach) oder optimieren ihre Umweltbilanzen. Auch Unternehmen wollen vom grünen Image profitieren und gestalten ihre Endkunden-Dienstleistungen und –Produkte so „grün“ wie möglich. Doch dem „grünen“ Kurs fehlt es bisher an Stringenz. Es besteht zwar ein umfangreiches Angebot von Fördermöglichkeiten zum individuellen Einsatz von erneuerbarer Energie (KfW-Kredite, etc.), diese wirken jedoch punktuell und verfolgen keinen ganzheitlichen Klimaschutzplan.

Es sieht nicht gut aus

Die Stromkonzerne haben sich den Markt aufgeteilt. Die „großen vier“ (E.on, RWE, EnBW und Vattenfall) kontrollieren kurz-, mittel-, aber auch langfristig die energiepolitische Ausrichtung Deutschlands. Unliebsames Einschreiten des Gesetzgebers (z. B. Atomkonsens) werden mit den richtigen Lobbystrukturen aufgebrochen und verhindert⁷. Dabei werden Risiken, die zweifelsohne bei Atomkraftwerken (auch in Deutschland) bestehen, heruntergespielt. Technologisch mag ein deutsches Atomkraftwerk weniger störanfällig sein, als ein russisches, ein Super-GAU⁸ ist aber durch menschliches Versagen⁹ nicht auszuschließen. Fern von der Technikdebatte bei der Atomkraft, bleibt die Frage, wohin der Atom Müll, der noch Jahrzehnte und Jahrhunderte strahlen wird, verwahrt werden soll. Die schwierige Frage der Endlagerung wurde immer noch nicht beantwortet.

⁶ Der Hinweis sei gegeben, dass Stickstoffverbindungen wie Lachgas auch beim Anbau von als biotreibstoffgeeigneten Pflanzen (z.B. Raps) in die Umwelt abgegeben werden.

⁷ Ausstieg aus dem Atomausstieg durch die schwarz-gelbe Bundesregierung voraussichtlich im Oktober 2010.

⁸ Als Super-GAU wird ein Unfall bezeichnet, bei dem stärkere Belastungen auftreten, als beim schlimmsten Störfall, für den die Anlage noch ausgelegt wurde.

⁹ Wie beim Super-GAU in Tschernobyl (heutige Ukraine) am 26. April 1986

Das Verkehrsaufkommen wird nach wie vor steigen. Dienstleistungen und Industrie sind vorwiegend in den Städten angesiedelt. Der Trend wieder zurück ins Umland zu ziehen, verstärkt das Verkehrsaufkommen weiter. Die Städte reagieren mit Umweltzonen, leisten damit aber keine Wende beim individuellen Verkehr ein, sondern versuchen nur die Gesundheitsbelastung in den Städten durch sog. Feinstaub zu reduzieren. Durch die steigende Zahl der Verkehrsteilnehmer werden unweigerlich die Kosten zur Erhaltung der Infrastruktur, sowie zusätzliche Kosten durch den notwendigen Ausbau von Straßen auf Bund, Land, aber auch die Kommunen zukommen. Dabei sind fossile Brennstoffe endlich. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Individualverkehr dazu gezwungen ist, alternative und erneuerbare Energiequellen zu nutzen. Jetzt schon Grundsteine für eine neue Form des Antriebs zu legen, wäre betriebswirtschaftlich sinnvoll und vorausschauend.

Das Korsett der Kommunen wird immer enger

Die Kommunen stehen vor dramatischen Finanzentwicklungen. Die Kommune finanziert sich aus einem Anteil aus der Einkommenssteuer, Erträge aus den Realsteuern (Gewerbe- und Grundsteuer) und eigenen Steuerquellen sowie weiteren Zuwendungen von Bund und Land. Die ertragsreichste Einnahmequelle der Kommunen ist die Beteiligung an der Einkommenssteuer. Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer werden aufgeteilt zwischen Bund (42,5 %), Länder (42,5 %) und Kommunen (15 %). Die Einnahmen werden weniger, nicht zuletzt wegen der (Welt-)Wirtschaftskrise¹⁰. Dies hat unmittelbar zur Folge, dass Leistungen gekürzt oder vollständig eingestellt werden müssen. Die kommunale Selbstverwaltung kann dadurch kaum noch ausgeübt werden. Im Kontext der Klimaerwärmung führt dies dazu, dass Maßnahmen zu Gunsten erneuerbarer Energie für die Kommunen in der Regel nicht wirtschaftlich zu stemmen sind.

Asymmetrie zwischen Stadt und Land

Der ländliche Raum bietet (Nah-)Erholung und ist die „Sauerstoffquelle“ für das gesamte Umland, insbesondere für die (Groß-)Städte. Hierbei fällt auf, dass eine ungleiche Verteilung zwischen ländlichem und städtischem Raum im Bereich der Nachhaltigkeit besteht, obwohl alle von Nachhaltigkeitsmaßnahmen, ob Stadt oder Land, profitieren. Erneuerbare Energien kommen deutlich häufiger im ländlichen Raum zum Einsatz als in den Verdichtungsräumen unserer Republik. Hinzu kommt, dass der ländliche Raum gegenüber den Städten finanziell schlechter abschneidet. Im ländlichen Raum werden in der Regel weniger Einnahmen durch Industrie und Gewerbe generiert, als in den Ballungszentren. Gleichzeitig treten in den Metropolregionen die größten Schadstoffemissionen auf.

Jobmotor erneuerbare Energien

Die Branche der erneuerbaren Energie boomt. Immer mehr Arbeitsplätze entstehen im Bereich der erneuerbaren Energien. Dies betrifft nicht nur den Forschungsbereich, sondern auch das produzierende Gewerbe. Deutschland ist aktuell Weltmarktführer in der grünen Technik. Andere Länder schließen jedoch auf. Wer jetzt bewusst Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftssegment schafft, lässt eine ganze Region daran profitieren.

II. Notwendigkeit einer kommunalen Nachhaltigkeitswende

Die fossilen Energieträger der heutigen Zeit sind endlich. Die Umstellung auf erneuerbare Energie ist somit unabdingbar und alternativlos!

Die Förderung von erneuerbarer Energie und Energieeinsparmaßnahmen ist bisher einseitig und begrenzt sich nur auf ausgewählte Bereiche. Eine ganzheitliche Strategie zu Gunsten erneuerbarer Energie und Energieeinsparungen liegt nicht vor.

Im Bereich erneuerbarer Energie und Energieeinsparung ist ein Umdenken in Richtung lokaler und dezentraler Lösungen notwendig. Lokale Lösungen stellen auch ein notwendiges Gegengewicht zu der bestehenden Monopolstellung der Energieversorger dar.

Vor Ort kann am besten über konkrete Maßnahmen beraten und entschieden werden. Ob Maßnahmen zu Gunsten der Nachhaltigkeit durchgeführt werden, hängt regelmäßig davon ab, ob sich eine Kommune dies leisten kann oder nicht. Finanzzwänge spielen somit eine entscheidende Rolle, ob in den Kommunen Maßnahmen für erneuerbare Energie und Energieeinsparung erfolgen.

¹⁰ Hintergrund ist die durch verantwortungslose Spekulationen ausgelöste Finanzkrise, die auf die Realwirtschaft durchgeschlagen und eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst hat.

Voraussetzung für mehr kommunale Initiativen ist eine deutliche finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden. Erst wenn das strukturelle Defizit der Kommunen beseitigt wird, können die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

Praktisch jede Nachhaltigkeitsmaßnahme kostet die Kommunen Geld, ohne dass eine finanzielle Entlastung erfolgt. Gleichzeitig sind diese Maßnahmen für unsere gesamte Gesellschaft erforderlich. Gerade deshalb müssen Maßnahmen im Bereich erneuerbarer Energie und Energieeinsparung eine eigenständige wirtschaftliche Bedeutung einnehmen.

Erneuerbare Energie und Energieeinsparung stellen große arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Chancen dar. Gerade deutsche Unternehmen haben dieses Potenzial erkannt. Dies muss genutzt und weiter ausgebaut werden.

III. KOMMUNALE NACHHALTIGKEITSWENDE: JETZT!

Um Klimaschutz global zu erreichen, müssen Maßnahmen auf allen Ebenen ergriffen werden. Die finanziellen Engpässe der Kommunen sind in Einklang mit Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu setzen. Es soll eine positive Konkurrenz zwischen allen Kommunen im Klimaschutz geschaffen werden. Ziel ist es, dass eine kommunale Nachhaltigkeitswende erreicht wird.

IV. MAßNAHMEN

1. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird von 15 % auf 17 % erhöht. In der Folge wird die Beteiligung von Bund und den Ländern jeweils 1 % auf 41,5 % gesenkt. Eine Erhöhung des Einkommenssteueranteils um 2 % stellen knapp 3,49 Mrd. Euro pro Jahr dar.¹¹

2. Diese Mittel werden gleichzeitig mit den Einnahmen aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten und Mittel aus der Bündelung von Bundes- und Länderprogrammen zu einem Topf der kommunalen Nachhaltigkeitswende zusammengefasst. Dieser Topf (rund 4,5 Mrd. Euro pro Jahr) wird den Ländern anteilig zur Verfügung gestellt.

3. Die Länder wiederum werden dazu verpflichtet, dass ein Punktesystem zur Erreichung der kommunalen Nachhaltigkeitswende aufgestellt wird. Anhand dieses Punktesystems zur Erreichung der kommunalen Nachhaltigkeitswende erfolgt die Vergabe der Mittel an die Kommunen. Für die Umsetzung des Punktesystems sowie notwendige Messungen, Bewertungen o. ä. sind die jeweiligen Landesumweltministerien zuständig.

Besondere planerische Maßnahmen in Kommunen, die die Finanzierung nicht stemmen können, werden durch den „Fördertopf“ voll finanziert. Die abzurufenden Mittel für solche sinnvollen und nachhaltigen Maßnahmen werden auf 10% des „Fördertopfes“ begrenzt.

Das Punktesystem könnte dabei wie folgt aussehen:

Es werden Punkte für folgende Maßnahmen vergeben (Maßnahmenprinzip):

Städtische Beratung und/oder Förderung für Bürger, Wirtschaftstreibende und Vereine im Bereich erneuerbarer Energie (Bioenergie, Geothermie, Solarenergie, Wasserkraft, Windenergie, etc.) und Energieeinsparung (Wärmedämmung, Wärmerückgewinnung, etc.). Hierbei ist zu beachten, dass schadstofffreie und dauerhaft zur Verfügung stehende Energiequellen (wie Erdwärme, Wellengang und Gezeiten, Osmose und speicherbaren Wasserstoff, Pyrolyse aus Holz oder Energiealgen) höher zu bewerten sind, als andere.

Bauleitplanung der Kommunen (Aufstellung von B-Plänen, etc.)

Nachhaltige Interkommunale Zusammenarbeit

Bewertung der bestehenden städtischen Immobilien anhand der Kriterien erneuerbarer Energie und Energieeinsparung

¹¹ Berechnet auf Grundlage der Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums, siehe http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Steuern/Steuerschaetzung__einnahmen/Steuerereinnahmen/0601011a6001.html

Betrieb und Existenz von nicht-kommunalen Angeboten im Bereich erneuerbarer Energie und Energieeinsparung (z. B. Bioenergiedorf in Breuberg-Rai-Breitenbach, Wasserstofftankstellen, Solarparks)

Kommunale Informationskampagnen zu Gunsten der Nachhaltigkeit (z. B. „Solarstadt“ Kampagne, Schüler im Klimaschutz, etc.)

Weitere besondere und unkonventionelle Maßnahmen zu Gunsten erneuerbarer Energie und Energieeinsparung

Es werden Punkte anhand eines Vergleichs zwischen allen Kommunen vergeben (Vergleichsprinzip):

Luftqualität in der Kommune

CO₂-Ausstoß in der Kommune (Verteilung pro Kopf)

Wasserqualität in der Kommune

Quantität und Qualität des kommunalen Waldes

Grünflächenanteil der Kommunen

Qualität und Quantität der Radwege

Es werden negative Punkte aufgrund umweltschädlicher Maßnahmen im Gebiet einer Kommune vergeben (Negativprinzip):

Betrieb und Existenz von Atomkraftanlagen zur Energiegewinnung

Betrieb und Existenz von Stein- und Braunkohlekraftwerken